

2. XI. 1917

Landesparteitag der Deutschen Arbeiterpartei in Böhmen.

Am 25. d. M. fand in Aussig in der Turnhalle ein glänzend besuchter Landesparteitag der Deutschen Arbeiterpartei statt, welcher auch mit einigen vorzüglich besuchten öffentlichen Versammlungen in Krametz, Großpriesen und Aussig selbst, bei welcher der Landessekretär Krebs und die Parteileitungsmitglieder Dr. W. Riehl und W. Gattermayer begeistert aufgenommene Referate gegen den Glücksfrieden hielten, eingeleitet wurde. Der Parteitag wurde vom Landesobmann Galle eröffnet. Die Reichsratsabgeordneten Kunrath und Fahrner erstatteten ihre Tätigkeitsberichte, welche mit allgemeiner Zustimmung zur Kenntnis genommen wurden. Sekretär Krebs berichtete über den Stand der Parteiorganisation, welche seit Errichtung des Sekretariates in Aussig einen großen Aufschwung genommen hat. In 386 Orten sind 18.600 Mitglieder in den Organisationen der Bewegung vereinigt. Auch die Parteiblätter nehmen nimmehr einen großen Aufschwung, insbesondere die neugegründete "Aussiger deutsche Arbeiterzeitung". Obmann-Stellvertreter der Reichspartei Dr. W. Riehl erstattete Bericht über die mit Rücksicht auf das Kriegsende und die nach dem Kriege zu erwartenden wirtschaftlichen Verhältnisse nötigen gesellschaftlichen Reformen der Sozialversicherung. Der Redner beleuchtete insbesondere die Mängel der Krankenversicherung und begründete seine bereits in mehreren Artikeln geäußerte Anschauung, daß die Staatsverwaltung verpflichtet sei, den Krankentassen die durch die größere Reigung der rückgetehrten Krieger zu Krankheiten erwachsenden Mehrauslagen zu ersetzen. Die Arbeitslosenversicherung sei mit Rücksicht auf die zu erwartenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach dem Kriege schleunigst durchzuführen. Mit Rücksicht auf den Geburtenrückgang empfahl er die Einführung einer allgemeinen Kinderversicherung. Die von Dr. Riehl beantragte Entschlieung, welche von dem Obmann der niederösterreichischen Parteileitung W. Gattermayer wirksam unterstützt wurde, fand einheitliche Zustimmung. Abgeordneter Fahrner begründet den Standpunkt der Partei gegen den Glücks-

frieden. Es wurde über Antrag Dr. Riehls folgende Entschlieung angenommen:

Die heute versammelten zahlreichen Vertreter der deutschböhmischn Arbeiter und Arbeiterinnen protestieren entschiedenst gegen die lediglich den Krieg verlängemde Friedenswinkelei der vereinigten Börsenblätter und Sozialdemokraten, die das gute Ansehen deutscher Arbeit in dieser Zeitgenossenschaft nur verunglimpfen und sich an unseren gefallenen Helden und dem durchhaltenden Hinterlande versündigen. Die internationalen Großspekulanten haben ihre Gewinne in Sicherheit gebracht und wünschen nun die Beziehungen mit dem geliebten England, Frankreich und Italien wieder aufzunehmen. Die Sozialdemokraten erhoffen von einem Glücksfrieden, daß ihnen durch sieger zu erwartende Verzweiflungsrevolutionen die Herrschaft zufallen würde. Die Deutsche Arbeiterpartei verlangt einen guten Frieden, der unserem wirtschaftlichen Leben Zukunftsaussichten eröffnet und den Arbeiter nicht zur Auswanderung zwingt, sondern ihm lohnende Beschäftigung bietet. Ein größeres Deutsches Reich und ein den Balkan und die östlichen Staaten beherrschendes Oesterreich sind Forderungen, die aus der Kriegslage, aus den überlegenen Waffen gerechtfertigt erscheinen und die dem Feinde viel mehr Reue einflößen, als die dem Gegner Schwäche verklärenden Ruhe nach einem Frieden unter jeder Bedingung. Welse bisher die Kriegslust der Westmächte nur neu entfachten. Krieg dem Kriegswucher und dem Verwaltungssinn unserer Zentralen und politischen Behörden, und Brechen der tschechischen Aushungerungs-Politik, dann ist das Durchhalten bis zum siegreichen Ende gesichert.

Landessekretär Krebs fordert die Ausdehnung des Wahlrechtes in Land und Gemeinde. Jedoch sei Vorbedingung, die von der Partei längst verlangte Autonomie. Aus der Mitte des Parteitages verlangten einige Vertrauensmänner, insbesondere Herr Biehl aus Leitmeritz, eine schärfere Stellung der Partei gegen die tschechischen Annahungen und die Regierung und verwies auf das Beispiel Ungarns. Gegen die ungerechtfertigte Tarifierhöhung der Eisenbahnen wurde protestiert. Zum Schluß begründete Abgeordneter Kunrath in ausführlicher Weise die Stellung der Abgeordneten gegen die Vorname von Ergänzungswahlen, welche lediglich deshalb verlangt wird, um den Hochverrätern Krametz und Burival usw. wieder Sitz und Stimme zu verschaffen. Der Parteitag gewährte ein Bild neuen Auflebens der deutschen Arbeiterbewegung und gab den Beweis, daß eine kampfesfrohe und entschiedene Vertretung der nationalen und sozialen Grundätze der Partei von allen Vertrauensmännern gewünscht wird.

Am selben Vormittag fand eine Tagung der deutschen Konsumvereine statt, deren Ergebnis der Zusammenschluß von 50 Erwerbssgenossenschaften und die sofortige Zeichnung von 50.000 K. Stammkapital für die zu errichtende deutsche Einkaufsgenossenschaft der Konsumvereine zeitigte.